

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Frau Sylvia Eisenberg MdL
Postfach 7121
24171 Kiel**

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4521**

27. Juli 2009

Stellungnahme zum Antrag:

Landeszentrale für Politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln

Politische Bildung befähigt Menschen zur aktiven Teilhabe an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zur Entwicklung der Demokratie ist es unbedingt notwendig, sich in Vereinen und Organisationen, in Initiativen und Parteien aktiv am öffentlichen Leben und damit am politischen Diskurs zu beteiligen. Eine aktive Teilnahme und – darüber hinaus gehend das Bewusstsein aktiver Teilhabe am Staat – setzt Wissen und Selbstbewusstsein voraus. Dieses Wissen und dieses Bewusstsein der Persönlichkeit zu stärken, ist Aufgabe der Politischen Bildung.

Politische Bildung muss die Möglichkeit schaffen, flächendeckend im Land bei jedem Einzelnen das Verantwortungsgefühl für Schleswig-Holstein und seine Zukunft und darüber hinaus für die Zukunft der demokratischen Grundordnung in Deutschland zu steigern.

Ich halte eine Struktur für notwendig, die weitgehend Wert auf eine dezentrale Verteilung der Politischen Bildung im Land legt und die vorhandenen Kompetenzen aller Akteure in der Politischen Bildung nutzt. Wenn gleichzeitig ein zentrales Steuerungselement nötig ist, könnte die LZ verstanden werden als Koordinationsstelle aller Akteure der Politischen Bildung, die komplementär, synergetisch und dezentralisierend wirkt.

Die Grundannahme geht davon aus, dass der Titel „Landeszentrale für politische Bildung“ sensibel besetzt ist. So müsste sich evtl. jegliche Transformation der Strukturen zumindest der Rahmenbedingung fügen, den Titel auch in veränderter Struktur beizubehalten.

In diesem Sinne plädiere ich für die Einrichtung einer personell äußerst reduzierten Landeszentrale (Projektgelder statt Personalmittel!), deren Aufgabe im Sinne einer Clearing-Stelle darin liegt, die Politische Bildung im Land zu bündeln, zu koordinieren (durch Konferenzen, Arbeitstreffen, Webauftritt etc.), Projektgelder zu verwalten und ihr Impulse zu geben. Wo diese Struktur angesiedelt ist, wäre dann unerheblich, eine Angliederung an den Landtag ist selbstverständlich möglich (wenn Dezentralität gewährleistet ist). Ebenfalls wäre in dieser Struktur eine Art Beirat möglich.

Das Land stellt in dieser Struktur jährlich eine Summe X für die Politische Bildung zur Verfügung, die nach Projekten und/oder nach Ausschreibungen verteilt werden. Projektideen und Themen können vor Ort entstehen oder vom Beirat als bedeutsam angeregt werden.

Um die Politische Jugendbildung zu stärken, könnte versucht werden, projektorientiert mit Hilfe des Bundesjugendplanes eine zeitlich befristete Stelle „Politische Jugendbildung“ zu schaffen, zum Aufbau dieser „Sparte“ mit der Zielsetzung, Verantwortung für Land und Gesellschaft zu wecken.

Themen und Aufgaben:

Aus meiner Sicht ergeben sich für diese Art einer Landeszentrale für politische Bildung folgende Aufgaben:

- Förderung der demokratischen Teilhabe, das heißt Einübung in die demokratischen Spielregeln und Bewusstseinsprägung, als Staatsbürger/-bürgerin Subjekt politischen Handelns zu sein.

- Zusammenarbeit mit allen möglichen Trägern politischer Bildung, um Dezentralität und Flächendeckung zu ermöglichen.
- Förderung politischer Jugendbildung insbesondere im Bereich wenig bildungsaffiner Jugendlicher
- Unterstützung (finanziell bzw. in Form von Vernetzung) bisher vorhandener Akteure der Politischen Bildung (projektorientiert)
- Stärkung politischer Beteiligung im ländlichen Raum
- „Bildung gegen Extremismus“
- Initiierung von konkreten Projekten (evtl. über Ausschreibungen)
- Koordination eines zentralen gut gemachten Webauftritts (incl. Newsletter, RSS etc.) der Politischen Bildung in Schleswig-Holstein, der sowohl eine bundesweite Vernetzung (mit www.politische-bildung.de) als auch einen Pool sämtlicher Angebote der Politischen Bildung in Schleswig-Holstein darstellt (Volkshochschulen, Bildungsstätten, Stiftungen, Parteien etc.)
- Zeitnahe Bereitstellung aktueller Materialien zu akuten Terminen für Unterricht und Jugendarbeit (webbasiert)
- Enge Zusammenarbeit mit den Schulen

Die Volkshochschulen, Bildungsstätten und ihr Landesverband sehen ebenfalls die Politische Bildung als einen wichtigen Arbeitsbereich an und sind deswegen bereit, eng mit einer zukünftigen Landeszentrale für Politische Bildung zusammenzuarbeiten. Sie stellen ein flächendeckendes Angebot der Erwachsenenbildung dar, das im Land gut bekannt ist und Vertrauen von Politik und Bevölkerung genießt. Die vorigen Ausführungen skizziert, sähe eine zukünftige Positionierung der LZ im Bereich der politischen Bildung des Landes wie folgt aus:

